



Presseinformation

Nr. 97 / 2013

Kiel, Freitag, 1. März 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildung / Erhalt kleiner Grundschulen

Anita Klahn: Schon zwei verpasste Chancen

Zu den aktuellen Äußerungen der Bildungsministerin Prof. Dr. Waltraud Wende zur Schließung kleiner Grundschulstandorte erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Schon zweimal hatte die Ministerin die Chance, etwas für die Grundschulen zu erreichen. Schon zweimal hat sie sich aber dafür entschieden, einen anderen Weg einzuschlagen. Anstatt einseitig weitere Lehrerstellen für Differenzierungsstunden an Gemeinschaftsschulen bereitzustellen, hätte die Möglichkeit bestanden, weitere Planstellen zur Stärkung kleinerer Grundschulstandorte bereitzustellen. Die FDP erneuert daher ihre Forderung, mehr Lehrerstellen für Grundschulen bereitzustellen.“

Besonders bitter klingt es, wenn die Ministerin davon spricht, dass es keine weiteren Ausnahmeregelungen für Grundschulen geben werde, weil das auf Kosten von Schulen gehe, die gut aufgestellt seien. Das sagt genau die Ministerin, die gerade eine besondere Regelung für die Errichtung weiterer Oberstufen in das Schulgesetz geschrieben hat – eine Ausnahmeregelung, die im Übrigen auf Kosten von Schulen geht, die jetzt noch gut aufgestellt sind. Für die Landesregierung gilt wohl nicht das Motto ‚kurze Beine, kurze Wege‘, sondern ‚lange Beine, kurze Wege‘. Wenn die Ministerin genau so viel Einsatz für die Grundschulen zeigen würde, wie sie es für die Errichtung weiterer Oberstufen getan hat, dann wäre den Grundschulleitern schon geholfen.

Völlig weltfremd ist auch die Vorstellung der Ministerin, dass Problem dadurch zu lösen, dass Grundschüler in Bussen miteinander singen und sich gegenseitig Texte vorlesen. Das ist soweit von der Lebenswirklichkeit der Familien weg, dass man nur mit dem Kopf schütteln kann. Der Ministerin muss doch klar sein, dass sie mit solchen Vorschlägen nicht dem demographischen Wandel begegnet, sondern vor ihm kapituliert. Gerade die Orte, in denen Schulen schließen müssen, stehen besonders vor der Gefahr weiter auszusterben.“